

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Belegpreis monatlich (bei Haus 2 RM, halbm. 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schiffverteilung: Dresden-L. Osterbahnstraße 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Druckstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

4. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 8. März 1928 Nummer 58

Falschmünzerei im Reichswehrstandal

Irreführung der Öffentlichkeit / Geheimabkommen der Bürgerblockparteien und der sozialdemokratischen Führer

Verheimlichung und Verfälschung des Phoebus-Berichts

Berlin, 8. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern fanden die angekündigten Besprechungen des Reichstages mit den Führern der Reichstagsparteien, mit Ausnahme der Kommunisten, in der Phoebusangelegenheit statt. Mittags erschienen die Bürgerblockparteien, nachdem die Sozialdemokraten mit Müller-Franken, Hilsberg und Heilig, und abends die Demokraten und die Wirtschaftspartei. Alle Parteiführer haben sich von Marx überzeugen lassen und eingesehen, daß die Forderung des Haushaltsauschusses nach Veröffentlichung des Saemisch-Berichts nicht durchführbar sei, vielmehr soll der Reichstagskanzler mit Saemisch heute eine Denkschrift ausarbeiten, die eine Darstellung der Phoebusangelegenheit gibt, soweit sie von „Bedeutung“ ist. Diese Denkschrift soll bis Montag dem Haushaltsausschuß vorgelegt und wahrscheinlich weiter ausgearbeitet werden. Statt der geforderten parlamentarischen Erklärungsabklärung soll vom Reichskanzler selbst lediglich ein Vorschlag eingeleitet werden, der nicht nur über das Reichswehrministerium, sondern über den Reichsregierungsrat eine Art Kontrollinstanz darstellen soll.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages hatte in der vergangenen Woche auf Antrag der Kommunisten mit Mehrheit beschlossen, daß die Regierung dem Ausschuß die Saemisch-Untersuchungsdenkschrift über die Phoebus-Affäre vorlegen solle. Die Beratung wurde darauf bis zur Vorlegung dieser Denkschrift ausgesetzt. So hat nach diesem Beschluß unternahm die Bürgerblockregierung alles, um diesen Beschluß zu vereiteln, und die Angelegenheit der Marine-See-Transportabteilung weiter zu verdunkeln. Am selben Abend wurden alle Parteiführer mit Ausnahme der Kommunisten gebeten, die Beratung zu vertagen, bis Marx gesund sein werde. Die Kommunisten erhoben gegen diesen Versuch scharfen Protest, aber mit den Sozialdemokraten und Demokraten wurde der Wille der Bürgerblockregierung durchgesetzt.

Daraufhin teilte die Presse am Dienstag mit, daß Mittwochs nachmittag in der Reichskanzlei bei Marx eine Geheimbesprechung der Parteiführer über die Phoebus-Affäre stattfinden sollte. In der Sitzung des Haushaltsausschusses am Mittwoch erhob im Auftrag der kommunistischen Fraktion der Genosse Stöcker gegen diese Geheimbesprechung den schärfsten Protest. Es handelte sich wieder nur um einen Versuch der Bürgerblockregierung, diese Affäre weiter zu verheimlichen und zu verdunkeln. Die Vorlegung des Saemisch-Berichts zu sabotieren und zu verhindern und die Kommunisten auszuschalten. Es ist bezeichnend, daß sich auch die Sozialdemokraten und Demokraten mit dieser Geheimbesprechung und auch mit der Ausschaltung der Kommunisten einverstanden erklärt hätten. Stöcker wandte sich scharf gegen die Beratungen in der Dunkelkammer der Reichskanzlei und beantragte, an Stelle dieser Geheimbesprechung gestern nachmittags 5 Uhr eine Sitzung des Haushaltsausschusses einzuberufen, in der die Phoebus-Debatte fortgesetzt werden, der Reichstagskanzler keine Erklärungen abgeben und die Saemisch-Denkschrift endlich dem Ausschuß vorlegen sollte. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hermann Müller wandte sich daraufhin gegen den kommunistischen Antrag und erklärte sich für die Geheimbesprechung und die Ausschaltung der Kommunisten. Wenn die Regierung die Kommunisten dabei ausschaltete, so sei das lediglich Sache der Regierung. Die übrigen Parteien schwiegen sich beziehungsweise aus. Daraufhin wurde der kommunistische Antrag mit den Stimmen aller Parteien, auch der Sozialdemokraten, abgelehnt.

Diese Ablehnung zeigt, daß sich die Sozialdemokraten und Demokraten mit der Bürgerblockregierung bereits weitgehend über die Geheimhaltung der ganzen Phoebus-Affäre verständigt haben. Die kommunistische Fraktion wird in der weiteren Beratung die politischen Hintergründe dieser Affäre, die mit den Geheimrüstungen des neudeutschen Militarismus auf das engste zusammenhängen, trotz aller Widerstände enthüllen und aufklären und dabei die Geheimarbeit der Sozialdemokraten für diese militärischen Geheimrüstungen so deutlich wie nur möglich kennzeichnen. Aus dem ganzen Verlauf der Behandlung des Phoebus-Standals ist ersichtlich, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bezüglich der reibungslosen Beilegung der Phoebus-Affäre vollkommen an die Bürgerblockregierung gebunden ist. Das Geschrei der sozialdemokratischen

Presse, insbesondere des Vorwärts, entlarvt sich als ein Mandat, um vor der Arbeiterschaft die Hilfsdienste der SPD für den Bürgerblock zu verheimlichen.

Wie die Botschaft Zeitung berichtet, hat die gestrige Geheimbesprechung zwischen Marx und den Vertretern der Bürgerblockparteien ergeben, daß dem Haushaltsausschuß des Reichstages in den nächsten Tagen ein Bericht über die Phoebus-Angelegenheit vorgelegt werden soll.

Aufstand in ganz Arabien

Kriegserklärung Ibn Sauds an England

Wir berichteten schon einige Male über die Aufstandsbewegungen der Wahabiten. Jetzt wird mitgeteilt, daß sich der König der Hedhasa, Ibn Saud, den Aufständischen endgültig und im vollen Umfange angeschlossen hat. Ibn Saud ruf zum heiligen Krieg gegen die Engländer, er hat erklärt, die Aufständischen im weitesten Maße mit Gewehren, Munition und Lebensmitteln zu unterstützen.

„Daily Mail“ berichtet aus Baora, die Lage werde infolge des Vormarsches von 20 000 Wahabitenkriegern gegen den Irak und gegen Koweit als ernst angesehen.

Der Ernst der Lage an der Grenze zwischen dem Irak und dem Hedhasa-Staat wird durch die Meldung beleuchtet, daß die englische Regierung Truppen aus Indien heranzieht, um gegen Angriffe der Wahabiten vorbereitet zu sein. Meldungen aus Koweit bestätigen eine erhöhte Tätigkeit der Wahabiten.

Auch die Verhältnisse in Transjordanien sind kritisch. Einer Meldung aus Jerusalem zufolge sehen sich Sir Alfred Mond und seine Begleiter daran gehindert, Fezda zu besuchen, weil mit der Möglichkeit gerechnet wird, daß sich dort Wahabiten befinden.

Zu den Meldungen über den Anmarsch Ibn Sauds an die aufständischen Wahabitenstämme bemerkt „Daily Telegraph“: Die Stärke der britischen Truppen im Irak ist im Laufe der Zeit vermindert worden. Es sind dort ungefähr 45 Bombenflugzeuge, ein Dutzend Kampfflugzeuge und einige Sektionen Panzerwagen. Wenn aber die Lage bedrohlich werden sollte, würde es leicht sein, Verstärkungen aus Palästina und Ägypten heranzuschicken. Beträchtlich erhöht wird die Lage von der

aber dies wird nicht der ursprüngliche Bericht des Sparkommissars Saemisch sein, sondern ein neuer, der erst fertiggestellt werden soll. — Daraus geht hervor, daß selbst dem kommunistischen Vertreter, ein gefälschter Bericht zugehen soll, während man für die Öffentlichkeit wahrscheinlich plant, dieselben überhaupt keine weiteren Aufklärungen über den Phoebus-Standal zu geben. Höchstwahrscheinlich werden die sozialdemokratischen Führer und die der Demokratischen Partei, die gestern abend von Marx empfangen wurden, nach ihrer Haltung in der obigen Haushaltsausschusssitzung zu urteilen, ihr Einverständnis mit dieser Art der Vertuschung des Phoebus-Korruptions-Standals erklären.

„Daily Mail“ aufgefaßt, die in Ibn Sauds Erklärung die Verurteilung des „Heiligen Krieges“ gegen den Irak erblickt. Dem Blatte zufolge kann der König eine Armee von 300 000 Mann aufstellen.

„Times“ melden aus Aden: Im September vorigen Jahres war der Imam Jahia des Jemen verurteilt worden, daß einige seiner Städte mit Bomben belegt werden würden, wenn er seine Angriffe auf das Gebiet des Aden-Protektorats nicht einstellte. Trotzdem wurden kürzlich zwei Schiffe aus dem Aden-Gebiet von Jaldi-Soldaten entführt. Es wurde hierauf die Mitteilung verfaßt, daß Kataba nach Ablauf einer Frist von 48 Stunden bombardiert werden würde. Darauf wurde der Bombenangriff durchgeführt.

In London herrscht über die Kriegserklärung große Erregung. Der Kampf Ibn Sauds richtet sich gegen die englischen Mandatsländer, das Königreich Irak und Transjordanien. Diese beiden Länder werden durch die Söhne des von Ibn Sauds gestürzten, unter englischem Einfluß stehenden Königs Husain regiert. Die Länder haben für England eine außerordentlich große Bedeutung. Sie bilden den Zugang zum Persischen Golf und zum Roten Meer. Vor allem stellen sie den Landweg von Palästina nach dem Persischen Golf dar. Diese Straße besitzt für England ganz besondere Bedeutung. England hat die beiden Staaten Irak und Transjordanien erst geschaffen, um hier eine feste Stütze zu haben.

Gleichzeitig mit der Kriegserklärung der Araber an England verhärtet sich der Konflikt zwischen England und Ägypten. Zwischen London und Kairo findet ein Notenwechsel statt, der in den letzten Tagen immer schärfere Formen annimmt.

Keinen Pfennig Lohnerhöhung

Der Schiedspruch im Werkzeugmacherkonflikt / Verhöhnung der Metallarbeiter

Berlin, 8. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern vormittag 10 Uhr trat die Schlichtungskammer im Berliner Werkzeugmachertreff zusammen. Für den DMB erklärte Ulrich, die Verhandlungskommission der Werkzeugmacher sei bereit, auf den Vergleichsvorschlag einzugehen, den der Gewerberat Körner in der letzten Verhandlung gemacht hat, und der die Beibehaltung der Akkordarbeit lediglich von dem Zustimmungswort der Werkzeugmacher bei Fortleitung des Systems abhängig machte, aber keine bindende Lohnerhöhung vorsah. Der Syndikus der Unternehmer lehnte den Abschluß eines Gruppenarbeits ab. Die Unternehmer wollen also den Facharbeitern im allgemeinen wahrscheinlich nur einen Spitzenlohn von 81 Pf. gewähren. Die Verhandlungen wurden 13 Uhr ergebnislos abgebrochen. Darauf trat die Schlichtungskammer zusammen. 22 Uhr wurde ein Schiedspruch gefällt, nach dem Stundenlohn und der Akkordverdienst der Werkzeugmacher einer Nachprüfung zu unterziehen sind, die sich nicht nur auf einzelne Akkorde beschränken soll.

Selbst der Vorwärts von heute früh muß diesen Schiedspruch ein Monstrum nennen und kündigt an, daß wahrscheinlich sich eine Erweiterung des Kampfes nicht vermeiden lassen werde. Also kein Pfennig Lohnerhöhung. Die Akkordarbeit soll bleiben. Und kein Tarifverbot. Es gibt kein Beispiel der letzten Jahre für einen derartig provokatorischen Schiedspruch. In Berlin sitzen die Oberschichtsmacher der deutschen Metallindustrie und der Gesamtverband deutscher Arbeitgeberverbände. Sie haben der Bürgerblockregierung und den Schlichtungsinstanzen den Beschluß zu diesem Schiedspruch gegeben. Heute vormittag 11 Uhr tritt

die Streikleitung zusammen, um eine Entscheidung über den Schiedspruch zu fällen. Die Funktionäre der streikenden Werkzeugmacher nehmen um 11 Uhr dazu Stellung.

Der Kampf in der Berliner Metallindustrie zeigt immer deutlicher das typische Bild aller Lohnkämpfe der letzten Zeit. Die Unternehmer wenden ihre Kampfmittel mit aller Brutalität und Rücksichtslosigkeit an, währenddem die Arbeiterschaft infolge der Niederlagenstrategie der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie bis jetzt daran gehindert ist, ihre Kraft voll einzusetzen.

Lehrreich sind die Vorgänge der letzten Tage. Nachdem am Montag dem 5. März der Reichsarbeitsminister eingegriffen und neue Schlichtungsverhandlungen für den 7. März angeordnet hat, ließ die Ortsverwaltung des DMB alle weiteren Arbeitseinstellungen abblasen. Den Arbeitern wurde vorgemacht, daß auch die Unternehmer von weiteren Entlassungen Abstand nehmen würden. Der sozialdemokratische Pressediener telegraphierte ins Reich, die Lage sei so, daß in Berlin Arbeiter und Unternehmer „Gewehr bei Fuß“ ständen.

Das war frecher Schwindel. Die Unternehmer dachten nicht daran, einen Waffenstillstand einzugehen. Sie warfen weitere Zehntausende von Arbeitern auf die Straße. Clemens wertete am 6. März die letzten 15 000 Arbeiter aus, Bergmann weitere 2 500, Lorenz-Tempelhof 2 200 Mann. Die Belagerten derjenigen Betriebe, in denen die Werkzeugmacher streikten, sind nun reiflos ausgesperrt. Die auf Vermittlung der Aussgesperrten berechnete Berzplittierung legt sich nun drauf, daß andere Kleinbetriebe der Berliner Metallindustrie voll weiterarbeiten, so Barzig, die gesamte C. G. L. o. e. u. m. Dabei sind die Berliner Großindustriellen der Metallindustrie ge-

Vertical text on the left margin, likely from an adjacent page or a sidebar, containing various small notices and advertisements.